

Merkels Bankraub bald auch in Deutschland?

Mit ihrem Angriff auf die Konten der Kleinsparer haben Merkel und Schäuble den Bogen endgültig überspannt. Damit haben sie den Europäern, auch uns Deutschen vorgeführt, dass das zulässig ist. Nach dem verständlichen Nein des zyprischen Parlaments müssen nun Merkels Bankenrettungsgehilfen von Union, SPD, FDP und Grünen im Bundestag ihren Kurs korrigieren und die Kosten der Krise von denen bezahlen lassen, die sie verursacht haben und von ihr profitieren.

Die Wirtschaft Zyperns ist eng mit der Griechenlands verflochten. Besonders dicht ist die Verflechtung im Bankensektor. Die Rezession Griechenlands hatte starke Auswirkungen auf Zypern. Daher benötigt Zypern Finanzhilfen. Als Gegenleistung für die Finanzhilfe haben die Finanzminister der Eurogruppe jetzt eine Teilenteignung aller Spareinlagen beschlossen.

Der Zypern-Plan der EU-Finanzminister zeigt: Die Einlagen von Sparern sind nicht mehr sicher. Bislang standen die Spareinlagen unter Staatsgarantie, jetzt werden sie über Nacht zum zulässigen Folterinstrument. Wird Zypern damit etwa das Modell für künftige Hilfspakete?

Die Krisenmanager bleiben sich treu: Die Eigentümer und Anleihegläubiger der Banken, die Aktionäre und Anleihenbesitzer bleiben außen vor. Es ist nicht hinnehmbar, dass potente Finanzanleger geschont werden, die Mini-Steuersätze und lasche Steuerkontrollen in Zypern ausnutzen, um ihre Milliarden zu bunkern.

DIE LINKE fordert:

- Banken-Gläubiger, Anleihenbesitzer, Aktionäre und Einlagenbesitzer oberhalb einer Million Euro müssen zur Kasse gebeten werden.
- Die Sparauflagen des „Hilfspakets“ müssen vom Tisch, weil sie die Krise nur verschärfen.
- Zypern braucht die isländische Lösung. Die ausländischen Gläubiger müssen leer ausgehen, der Staat muss die Banken übernehmen und regulieren und Kleinsparer müssen geschützt werden.
- Eine Vermögensabgabe von 20 Prozent auf Einlagen bei zyprischen Banken über 500.000 Euro würde ausreichen, um die Sparer mindestens bis zur Grenze der Einlagensicherung von 100.000 Euro abzusichern.
- Bundesregierung und Bundesbank-Chef Jens Weidmann müssen die EZB auffordern, unverzüglich ihre Erhebung über die Vermögen in Zypern zu veröffentlichen. Die EZB ist eine öffentliche Einrichtung und keine Investmentbank der Superreichen.

Eine ausführliche Analyse und Positionierung zur Situation in Zypern finden Sie auf: www.linksfraktion.de/zypern

